



Partei der ArbeiterInnenklasse

Zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Verankerung der KPÖ in den Jahren 1945–1955

MANFRED MUGRAUER

Die Formierung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus wurde von der KPÖ als großer Fortschritt angesehen. Die Ablehnung von Richtungsgewerkschaften der Ersten Republik lag auch ganz auf der Linie der in den Jahren des Exils entwickelten Nachkriegskonzeptionen: So trat die Partei in ihrem im Juni 1944 formulierten Manifest „Die Wiedergeburt Österreichs“ für einheitliche demokratische Massenorganisationen ein, allen voran für „einheitliche Gewerkschaften“ als Voraussetzung für die „Einheit der Arbeiterklasse“.¹ Die Option einer Politik der „Roten Gewerkschaftsopposition“ (RGO) wie in den Jahren bis 1933/34 spielte in den Exilkonzeptionen der KPÖ keinerlei Rolle. Vielmehr wurde in Anknüpfung an die Erfahrungen der geeinten illegalen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren der austrofaschistischen Diktatur und des gemeinsamen Kampfes gegen den Hitlerfaschismus darauf orientiert, die Zersplitterung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zu überwinden.

Gründung des ÖGB

Dahingehend setzten sich die Kommunisten auch in den Vorbesprechungen zur Gründung des Gewerkschaftsbundes ein. Erste Sondierungen fanden zunächst im privaten Rahmen im Kreise von Sozialdemokraten statt. Am 13. April 1945 wurden zu den Beratungen in der Wohnung von Josef Battisti auch Kommunisten und Christlichsoziale beigezogen. Hier wurde auf Vorschlag Johann Böhms (SPÖ) ein vorbereitender Ausschuss eingesetzt.² Gottlieb Fiala, der im Auftrag der KPÖ an diesen Besprechungen teilnahm, bilanzierte die nachfolgenden Gespräche, die am 15. und 18. April im Direktionsgebäude der Westbahn stattfanden,³ als „außerordentlich schwierig“.⁴ Erst eine auf Initiative der KPÖ einberufene außerordentliche Parteienbesprechung von SPÖ und KPÖ am 28. April

1945 in der Wiener Arbeiterkammer, an der seitens der KPÖ Johann Koplenig, Franz Honner und Gottlieb Fiala teilnahmen, brachte eine Einigung über Aufbau und Funktionsverteilungen im ÖGB.⁵ Nach Anerkennung des ÖGB durch die sowjetische Besatzungsmacht wurde in der Sitzung der provisorischen ÖGB-Leitung am 30. April 1945 ein Präsidium aus drei Vorsitzenden gebildet, darunter Fiala als 1. Vizepräsident, sowie ein provisorischer Bundesvorstand, bestehend aus dem Präsidium, Vertretern der Industriegruppen und je zwei Parteienvertretern von KPÖ und ÖVP. Sechs der insgesamt 27 Mitglieder dieses provisorischen Bundesvorstands waren Kommunisten.⁶

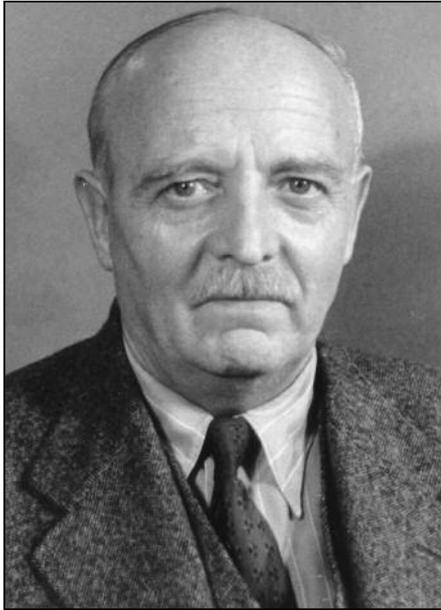
Die Gründung des ÖGB als überparteiliche Einheitsgewerkschaft wurde von der KPÖ als „Krönung des in den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten tief verwurzelten Strebens nach gewerkschaftlicher Einheit“ betrachtet.⁷ Neben der *Zentralstelle für die Wiederrichtung des österreichischen Sports* (ZÖS), die bereits Ende 1945 ihre Tätigkeit einstellen musste, und der *Volkssolidarität*, der zentralen Hilfsorganisation für politische Opfer des Nationalsozialismus, die 1946 auf Betreiben der SPÖ aufgelöst wurde, stellte der ÖGB den einzigen Erfolg der kommunistischen Bemühungen um einheitliche Massenorganisationen dar. Überparteiliche Jugend- und Frauenorganisationen scheiterten ebenso am Widerstand des Parteivorstands der SPÖ wie solche im Bereich der MieterInnen, SozialrentnerInnen usw. Die KPÖ beanspruchte für sich das Verdienst, die Initiative zur Schaffung von Gewerkschaften als einheitliche Organisationen der ArbeiterInnenschaft ergriffen zu haben.⁸ So berichtet Fiala von Bestrebungen der „rechten Sozialisten“ in der zweiten Aprilhälfte, um jeden Preis die *Freien Gewerkschaften* der Ersten Republik, also sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften, wiederaufleben zu lassen.⁹

Nicht vollständig Rechnung getragen wurde der kommunistischen Forderung,

den ÖGB nach dem Industriegruppenprinzip aufzubauen. Er wurde zwar im wesentlichen nach dem Prinzip der Industriegewerkschaften gebildet, daneben fand jedoch auch jenes der Berufsorganisation oder jenes der Organisationszugehörigkeit nach dem Dienstgeber Anwendung. Solche Ausnahmen stellten z.B. die Angestellten, die Gemeindebediensteten usw. dar. Es müsse das Ziel der kommunistischen Bestrebungen sein: „ein Betrieb – eine Gewerkschaft, und Zusammenfassung nur in Industriegruppenorganisationen“, umriss Otto Horn die Position der KPÖ.¹⁰

Für eine klassenorientierte Politik

Die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften spielte in Selbstverständnis und Strategie der KPÖ als ArbeiterInnenpartei eine zentrale Rolle. Für die KPÖ war der ÖGB die wichtigste proletarische Massenorganisation und das Hauptvehikel zur Verwirklichung der von ihr angestrebten Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse. In ihren Augen sollte der Gewerkschaftsbund ein Kampfinstrument zur Durchsetzung der Klasseninteressen der ArbeiterInnen und Angestellten sein. Die KPÖ konnte sich in ihrer Politik auf vom ÖGB selbst herausgegebene Forderungskataloge stützen, die zwar gemeinsam beschlossen wurden, um deren Umsetzung jedoch kein entschlossener Kampf aufgenommen wurde, z.B. auf das Forderungsprogramm des Gewerkschaftsbundes, das am 7. Dezember 1945 in einer Wiener Betriebsräte- und Vertrauenspersonenversammlung im Großen Musikvereinsaal bestätigt worden war. Hierin fanden sich all jene Punkte, die auch im Mittelpunkt der sozialökonomischen Politik der KPÖ standen, z.B. die Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, nach einer Bodenreform, nach einer fortschrittlichen Sozialgesetzgebung, betrieblicher Mitbestimmung und einem demokratischen Betriebsrätegesetz, einem für alle wirt-



Gottlieb Fiala (1891–1970)

schaftlichen Bereiche zuständigen Wirtschaftsministerium unter Führung eines Gewerkschafters, einer planmäßigen Produktion und Verteilung der Güter angesichts der wirtschaftlichen Notlage jener Jahre, nach einer Verbesserung der Ernährungslage und Hebung des Lebensstandards der ArbeiterInnenschaft usw.¹¹

Nach der Befreiung wurde aber keine den kommunistischen Vorstellungen entsprechende volksdemokratische Entwicklung eingeleitet, sondern die Restauration kapitalistischer Verhältnisse. Die Politik der KPÖ stand so ab 1946 ganz im Zeichen der Kritik an der Regierung Figl-Schärf, ihrer einseitigen Westorientierung und der Abwälzung der Kosten des Wiederaufbaus auf die arbeitende Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Ernährungs- und Wirtschaftslage beteiligten sich KommunistInnen führend an den Hungerdemonstrationen und so genannten „Kalorienstreiks“. Nach dem Austritt aus der Regierung im November 1947 konzentrierte sich die KPÖ ganz auf außerparlamentarische Aktivitäten und konnte sich in diesen sozialen Kämpfen als Oppositionspartei profilieren. Sie war die Hauptkraft sozialökonomischer Massenbewegungen gegen die Lohn-Preis-Pakte der Bundesregierung und stand an der Spitze von Teilstreiks und Lohnbewegungen, die sie zu einer einheitlichen Aktion zu steigern versuchte. Ab 1948 stand die Bewegung für eine 25%ige Lohnerhöhung im Mittelpunkt, die in den Betrieben mit starkem kommunistischem Einfluss ihren Ausgang nahm, ab Herbst 1949 die Kampagne für eine Überbrückungshilfe gegen die Teuerung. Der Höhepunkt dieser Klassenauseinan-

dersetzungen der Nachkriegszeit war die große Streikbewegung im September und Oktober 1950. Die aktive Rolle der KommunistInnen in diesen Kämpfen erhöhte ihren Einfluss in der ArbeiterInnenschaft, was sich in den Ergebnissen der Betriebsratswahlen entsprechend widerspiegelte (dazu weiter unten).

Der ÖGB wurde in diesen Auseinandersetzungen nicht nur zu keinem außerparlamentarischen Kampffaktor, sondern zu einem wesentlichen Träger des kapitalistischen Restaurationsprozesses. Die KPÖ kritisierte diese Entwicklung des ÖGB zu einem Instrument der Koalitionsparteien zur Durchsetzung ihrer „Marshallpolitik“. In ihren Augen wurde der ÖGB „zu einem Anhängsel der Sozialistischen Partei, zu einem gefügigen Werkzeug der Politik des SPÖ-Parteivorstandes“.¹² Die KPÖ forderte die Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Durchsetzung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der österreichischen ArbeiterInnen und Angestellten. Die ÖGB-Führung setzte jedoch in Lohn- und Preisfragen an „Stelle des täglichen Kampfes für die Arbeiterinteressen“ die sozialpartnerschaftliche Politik „der engsten Zusammenarbeit mit den Unternehmervertretern“.¹³ Lohnforderungen der ArbeiterInnenschaft versuchte die ÖGB-Spitze mit ihrem Verlangen nach Preissenkungen abzufangen, was in der Praxis Reallohnsteigerungen verunmöglichte. Streiks und Demonstrationen wurden abgelehnt und nur die wenigsten Arbeitskämpfe gewerkschaftlich unterstützt. Um Aktionseinheiten in den Betrieben zu verhindern, wurden Widerstände gegen soziale Belastungen pauschal als kommunistische Putschvorbereitung qualifiziert. Nicht nur der Oktoberstreik, sondern bereits die maßgeblich von KommunistInnen inspirierten Streikbewegungen der Jahre 1947 und 1948 wurden vor diesem Hintergrund als Umsturzversuche der KPÖ interpretiert. Der Wirtschaftshistoriker Fritz Weber schreibt, dass hier „der funktionale Antikommunismus der Sozialisten eine Art Bannfluch gegen Streikaktionen“ war, „die unter kommunistischer Führung stehen *mußten*, weil die sozialistischen Gewerkschafter Streiks zu verhindern suchten“.¹⁴ Auf internationaler Ebene fand diese Konfrontation darin Ausdruck, dass der ÖGB Ende Oktober 1949 aus dem Weltgewerkschaftsbund austrat und sich dem neu gegründeten *Internationalen Bund freier Gewerkschaften* anschloss, der von der KPÖ als „Marshallinternationale“ charakterisiert wurde.¹⁵

Es ist hier nicht der Platz, näher auf die sozialökonomische Politik der KPÖ und ihre bedeutende Rolle in den Klassenauseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit einzugehen. Hinsichtlich der kommunistischen Gewerkschaftspolitik ist aber von Interesse, dass sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit der wirtschaftliche und politische Kampf der ArbeiterInnenklasse in engster Form verknüpften. Auch Betriebsratswahlkämpfe wurden in diesen Jahren von der KPÖ vor allem politisch geführt. Dies bedeutete keine Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessenpolitik und innerbetrieblicher Aktions- und Forderungsprogramme, jedoch wurde gegenüber betrieblichen Problemen der Kampf gegen die „Marshallisierung“, gegen die Lohn- und Preis-Politik der Koalitionsregierung, gegen Preistreiberei und für Lohnerhöhungen, für den Frieden usw. in den Vordergrund gestellt.¹⁶

Für die Demokratisierung der Gewerkschaften

Neben der Durchsetzung einer klassenorientierten Politik erkannte die KPÖ die Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie als zweite Hauptaufgabe. Die Entdemokratisierung des Gewerkschaftsbundes wurde zum einen in der ÖGB-Spitze sichtbar, wo infolge der großkoalitionären Praxis informelle Absprachen zwischen SPÖ und ÖVP unter Ausschaltung der KPÖ üblich wurden. Zur Politik des ÖGB wurde das, „was in der zentralen sozialistischen Fraktion wie im SP-Parteivorstand beschlossen, dann der christlichen Fraktion im ÖGB inoffiziell mitgeteilt und womit schließlich die kommunistische Fraktion in der eigentlichen, offiziellen Bundesvorstandssitzung oder einer anderen Gewerkschaftskörperebene konfrontiert wurde“.¹⁷ Ebenso hinter verschlossenen Türen wurden die Lohn- und Preispakete ausgehandelt, ohne Befragung der ArbeiterInnen und ihrer Vertrauenspersonen. Die Gewerkschaftssekretäre wurden verpflichtet, für die Beschlüsse des Bundesvorstands, die sich gegen Kampfmaßnahmen aussprachen, einzutreten. Die KPÖ trat auch für eine größere Autonomie der einzelnen Gewerkschaften gegenüber dem Überzentrismus des ÖGB ein, da das Präsidium des Gewerkschaftsbundes in jenen Jahren fast jede Lohn- und Gehaltsbewegung der einzelnen Gewerkschaften verhinderte. Legitimiert wurden all diese Einschränkungen der Gewerkschaftsdemokratie mit einem „rigiden und bedingungslosen Antikom-

munismus“, wie Hans Prader in seiner Studie über die Nachkriegspolitik des ÖGB einschätzt.¹⁸ Dieser „funktionale Antikommunismus“ wurde von der SPÖ-Parteiführung „als zweckrationale politische Waffe zur Durchsetzung der Koalitions- und Sozialpartnerschaftspolitik eingesetzt“, bilanziert auch Fritz Weber.¹⁹ Zum anderen kritisierte die KPÖ die mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder und forderte, dass in allen seinen Organen, von den Zahlstellen und Ortsgruppen bis hinauf zu den obersten Gewerkschaftsleitungen, die ÖGB-FunktionärInnen durch die Mitglieder in geheimen Wahlen gewählt werden sollten. Dahingehende kommunistische Anträge, die gleichermaßen auf die freie Wahl der – bisher von den Vorständen bestimmten – Delegierten zu den Konferenzen, Gewerkschaftstagen und zum Bundeskongress abzielten, wurden dem Bundesvorstand zugewiesen und damit letztlich abgelehnt.²⁰

Der Verzicht der ÖGB-Führung auf eine Massenmobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder resultierte vor allem aus ihrem Bemühen, die Position der KommunistInnen nicht zu stärken. Dies hatte auch zur Folge, dass sich in den unteren Organisationseinheiten kein aktives Gewerkschaftsleben entfaltete. Die KPÖ kritisierte diesen Mangel an innerorganisatorischer Aktivität, steckte doch 1947 die Bildung der Zahlstellen und Ortsgruppen, der Bezirks- und Fachgruppen noch in den Anfängen.²¹ Zwar versuchte die KPÖ eine Demokratisierung der Gewerkschaften von unten zu erreichen, sie wusste aber die sich ihr hier bietenden Möglichkeiten nur unzureichend zu nutzen: So hielt sie (bzw. die ihr nahestehende *Gewerkschaftliche Einheit*) in den 1950er Jahren in 100 gewerkschaftlichen Ortsgruppen und Zahlstellen die Mehrheit (75 in Niederösterreich),²² z.B. in den Ortsgruppen des Metall- und Bergarbeiterverbandes Floridsdorf und Amstetten, bei den Chemiearbeitern in Schwechat und Rannersdorf oder in sämtlichen Zahlstellen und Ortsgruppen der Metallarbeiter, der Privatangestellten und teilweise der chemischen Industrie im Erdölgebiet.²³ Hier stellte sie bei den Metallarbeitern auch die Mehrheit im Bezirksausschuss. Jedoch habe es die KPÖ bisher nicht verstanden, sich „in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit auf diese Positionen zu stützen“, kritisierte KPÖ-Vorsitzender Johann Kopleinig im Jänner 1954: „Wir haben es unterlassen, in den Gewerkschaftsortsgruppen und Zahlstellen, wo wir die Mehrheit

oder starken Einfluß haben, ein gewerkschaftliches Leben zu entwickeln. Wir nützen diese Positionen nicht aus, um die Forderungen der Arbeiter im Namen der Ortsgruppe, der Zahlstelle des betreffenden Verbandes aufzustellen und zu popularisieren.“²⁴ Das Gewicht dieser Gewerkschaftsorganisationen wurde nur unzureichend in die Waagschale geworfen, um innergewerkschaftlich ihren Einfluss geltend zu machen.

Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses

Aufgrund der spezifischen Konstellation des Jahres 1945 und ihrer starken Verankerung in der österreichischen ArbeiterInnenklasse war die KPÖ in der Lage, zunächst in der Spitze des ÖGB, sowie in den Teilgewerkschaften und im Gewerkschaftsapparat maßgebliche Positionen zu besetzen. Neben dem Vizevorsitzenden Gottlieb Fiala war Oscar Deubler als einer der Sekretäre des ÖGB tätig. (Ihm folgte 1961 in dieser Funktion Johann Täubl.)²⁵ Im Bundesvorstand waren zwei weitere Kommunisten vertreten (Franz Honner, Egon Kodicek).²⁶ Auch in den Vorständen der 16 Einzelgewerkschaften war die Partei entsprechend repräsentiert, in fast allen waren die stellvertretenden Vorsitzenden Kommunisten, u.a. Wilhelm Kunst (Metallarbeiter), Hanns Pauls und später Franz Heinisch (chemische Industrie), Leopold Hrdlicka und später Erich Kelen (Privatangestellte) oder Alois Schroth und später Johann Kouril (öffentliche Angestellte). 1948 waren insgesamt 77 KommunistInnen Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände (250 SPÖ, 77 ÖVP). Hinzu kamen zahlreiche freigestellte FunktionärInnen, mehrere Sekretäre und Angestellte: So gehörten 1946 von den 407 ÖGB-Angestellten 61 der KPÖ an, 390 der SPÖ und 27 der ÖVP. Am stärksten waren die kommunistischen Positionen im Metall- und Bergarbeiterverband, bei den Bau- und Holzarbeitern und in der Textilindustrie. 1948 stellte die Partei 25 Gewerkschaftssekretäre,²⁷ darunter Karl Aigner, zunächst ÖGB-Landessekretär und darauf Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft der Steiermark, und die Leiter einzelner ÖGB-Gebietssekretariate, u.a. der Bezirke Leoben (Heribert Hütter), Steyr (August Moser), Krems (Alfred Fischer) und St. Pölten (Stephan Raidl). Hervorzuheben ist Otto Horn als Zentralsekretär der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft, der bis zu seinem Tod im Jahr 1967 als einer der Sekretäre dieser Teilgewerkschaft amtierte.



Otto Horn (1905–1967)

Vor dem Hintergrund der erwähnten sozialen Auseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit standen diese Jahre ganz im Zeichen einer systematischen Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses und der Ausgrenzung kommunistischer GewerkschafterInnen durch die SPÖ-Mehrheit. Diese Tendenz lässt sich jedoch nicht erst in den Jahren des beginnenden Kalten Krieges beobachten, sondern sie stand mehr oder weniger an der Wiege der Gründung des ÖGB: Analog zur Defensive der KPÖ auf Regierungsebene waren die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer von Beginn an bemüht, den Einfluss der KPÖ zu schwächen und den Gewerkschaftsapparat vollständig zu kontrollieren. Der damalige Vizekanzler Adolf Schärf hob die „sozialistische Abwehr der kommunistischen Führungsansprüche“ im Jahr 1945 hervor, die verhindert habe, „daß die Gewerkschaften in Österreich ein Werkzeug der Kommunisten wurden“. Es sei das Verdienst der SPÖ gewesen, „daß die Kommunisten nicht imstandewaren, von der gewerkschaftlichen Seite her die Politik und das Geschehen zu beeinflussen“.²⁸

Versuche, den kommunistischen Einfluss zu beschneiden, verstärkten sich nach dem für die KPÖ enttäuschenden Ergebnis der Nationalratswahlen im November 1945. ÖVP und SPÖ waren nun bestrebt, dieses allgemein-politische Votum schematisch auf den ÖGB zu übertragen und den Funktionärsapparat nach diesem Wahlproporz neu aufzuteilen. In einem Brief an Josef Stalin von Mitte Dezember 1945 brachte die Parteiführung ihre Sorge zum Ausdruck, dass SPÖ und ÖVP nun auch im Bereich

der Gewerkschaft versuchen würden, „unsere Genossen möglichst aus allen Positionen zu verdrängen“.²⁹ Ein plakatives Beispiel dafür, dass die Zusammensetzung der Vorstände nicht dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprach, ist die Branche der FleischarbeiterInnen in der Wiener Lebens- und Genussmittelgewerkschaft, deren Leitung 23 SP-GewerkschafterInnen und nur ein Kommunist angehörten, obwohl bei den Betriebsratswahlen 74 Mandate an die KPÖ und 53 an die SPÖ gingen.³⁰ Bei den Straßenbahnern saß kein Kommunist im Zentralaussschuss, obwohl die kommunistische Liste bei den Betriebsratswahlen 26% erzielt hatte.³¹ Diese Benachteiligung spiegelte sich auch bei der Zuerkennung der Delegierten zum 1. ÖGB-Bundeskongress im Mai 1948. Hier waren nur 45 KommunistInnen vertreten, während etwa der ÖVP, die nur 2% der Gewerkschaftsmitglieder repräsentierte, 39 Delegierte zugestanden wurden.³² Auch 1951 wurden die Delegierten nicht gewählt, sondern von den einzelnen Gewerkschaftsleitungen bestimmt, worauf aufgrund von Manipulationen nur 27 kommunistische Delegierte am 2. ÖGB-Kongress teilnehmen konnten.³³

Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Polarisierung verschärften sich 1947/48 die Angriffe auf kommunistische Sekretäre und Angestellte des ÖGB. Honner kritisierte, dass der SP-Parteivorstand den Auftrag gegeben habe, „alle Kommunisten von den führenden Positionen in den Gewerkschaften zu entfernen“. Anfang 1948 wurde der obersteirische Gewerkschaftssekretär der Metall- und Bergarbeiter Heribert Hütter vom Zentralvorstand der Gewerkschaft gekündigt und wenig später aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Der Landessekretär der Metallarbeitergewerkschaft der Steiermark, Karl Aigner, wurde seines Postens enthoben, blieb aber weiter Sekretär. Enthoben wurde in diesem Jahr auch Egon Kodicek als Zentralsekretär der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter.³⁴ In Niederösterreich scheiterten die Versuche, den St. Pöltner Gewerkschaftssekretär Stephan Raidl von seinem Posten zu entfernen, „an unserer Mobilisierung der Massen gegen diese gewerkschaftsschädigenden Spaltungsversuche“, wie am 2. Landesparteitag berichtet wurde.³⁵

Ihren Höhepunkt erreichte diese systematische Hinausdrängung kommunistischer FunktionärInnen aus den ÖGB-Führungsgremien nach der großen Streikbewegung im September und

Oktober 1950, in deren Gefolge 85 führende GewerkschaftsfunktionärInnen der KPÖ aus dem ÖGB ausgeschlossen wurden, darunter der amtierende Vizepräsident Fiala, der stellvertretende Vorsitzende Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft Leopold Hrdlicka, der Sekretär der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft Fritz Neubauer, der stellvertretende Vorsitzende des niederösterreichischen Gewerkschaftsbundes Fritz Lauscher, die Sekretäre der Textilarbeiter Wolfgang Szabo und Leopold Hess, der Sekretär der Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe Willibald Groß und die Metallarbeitersekretäre Josef Waidenauer, Gustl Moser und Karl Blumenschein. Am 2. ÖGB-Kongress im Oktober 1951 wurden die Statuten derart abgeändert, dass es fortan nur noch zwei Vizepräsidenten gab, der erste für die SPÖ, der zweite für die ÖVP (Erwin Altenburger), die zu dieser Zeit gewerkschaftlich weitaus schwächer war als die KPÖ.³⁶ Alleiniger Zweck dieser Maßnahme war die Ausschaltung der KPÖ aus dem ÖGB-Präsidium. Am Gewerkschaftstag der Bau- und Holzarbeiter im Jahr 1952 wurde gar eine Geschäftsordnung beschlossen, wonach Mitglieder der KPÖ grundsätzlich keine FunktionärInnen dieser Teilgewerkschaft sein könnten.³⁷ 1953 rühmte sich der SPÖ-Theoretiker Benedikt Kautsky, dass es in keinem anderen Lande derart geglückt sei, „die Kommunisten aus ihren führenden Positionen in den Gewerkschaften so weit zu verdrängen wie in Österreich“. Niemals habe sich „die innere Festigkeit der österreichischen Sozialdemokratie in hellerem Licht gezeigt als in ihrem Kampf zur Abwehr der kommunistischen Übergriffe“.³⁸ Franz Olah, ÖGB-Präsident von 1959 bis 1963, hielt den Gewerkschaften zu Gute, dass sie in diesen Jahren „an der vordersten Front des Kampfes gegen die Kommunisten“ gestanden seien.³⁹

Kommunistische Fraktionen

Wesentliches Element der Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses war die Aufspaltung des einheitlichen Gewerkschaftsbundes in Fraktionen. So schlossen sich bereits im Sommer 1945 die sozialistischen Leitungsmitglieder „zu besonderen sozialistischen Fraktionen zusammen“, wie Schärf berichtet.⁴⁰ Hauptzweck dieser parteipolitischen Aufspaltung war, die sozialistischen GewerkschaftsfunktionärInnen mittels Parteidisziplin an die Koalitionspolitik zu binden und die von der KPÖ intendierte

„Aktionseinheit“ zu verhindern. Die KPÖ trat zwar gegen eine solche Fraktionsbildung im ÖGB auf, nachdem aber die SPÖ begonnen hatte, eigene Fraktionen zu bilden, und die ÖVP den „Arbeiter- und Angestelltenbund“ schuf, sah sich auch die KPÖ gezwungen, in ihrer Gewerkschaftsarbeit straffere Formen anzuwenden und zu einer planmäßigen, systematischen Parteiarbeit überzugehen. Dass der ÖGB-Historiograph Fritz Klenner entgegen aller Tatsachen behauptet, die Kommunisten hätten mit der fraktionellen Aufspaltung des Gewerkschaftsbundes begonnen,⁴¹ zeugt davon, dass zur Herabsetzung der KPÖ auch die offensichtlichsten Unwahrheiten als Mittel der Auseinandersetzung gut und recht waren. In sachlicher Hinsicht liegt Klenner auch insofern falsch, als er diese angebliche Fraktionierung der KPÖ damit in Verbindung bringt, dass sich die Partei in ihrem Organisationsaufbau auf Betriebsorganisationen konzentrierte. Die BOs stellten jedoch keine Gewerkschaftsfraktionen, sondern die politischen Basisstrukturen der KPÖ neben den Wohnorganisationen (Ortsgruppen und Sektionen) dar. Auch darüber hinaus entspricht es vielmehr der Wahrheit, dass die KPÖ zunächst keine festgefügtten kommunistischen Fraktionen innerhalb des ÖGB bildete und bis zur Gründung der *Gewerkschaftlichen Einheit* Ende 1951/Anfang 1952 diesbezügliche Organisationsformen eher lose blieben. Als Zwischenlösung, die sich jedoch als wenig praxistauglich erwies, wurden zunächst in den einzelnen Gliederungen des ÖGB Arbeitsgemeinschaften der KommunistInnen gebildet.⁴² Aus diesen Arbeitsgemeinschaften entwickelte sich, wie es Otto Fischer am 5. ZK-Plenum im September 1947 nannte, „so etwas wie eine ‚verschämte Fraktion‘“, was seiner Meinung nach schlechter war „als gar keine“.⁴³ Kopenlig warnte jedoch davor, die anstehende Etablierung von Organen zur Vereinheitlichung und Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit mit einem demonstrativen Schritt zu verbinden, da ein solcher den Eindruck einer Wendung erwecken und die Gefahr der Isolierung in sich bergen könne.⁴⁴

1948 wurden schließlich kommunistische Fraktionen geschaffen, die sich nach der Struktur der Gewerkschaften gliederten und die KommunistInnen in den Zahlstellen und Ortsgruppen, Sektionen und Fachgruppen, sowie in den Branchen-, Bezirks- und Landesleitungen der Fachgewerkschaften zusammenfassen sollten.⁴⁵ Solche Fraktionen wurden auch in den Landesexekutiven des

ÖGB gebildet. Es handelte sich jedoch auch bei den kommunistischen Fraktionen um kein „festes, ständiges Organisationsgebilde“, also um keine durchorganisierte, selbstständige Gewerkschaftsfraktion. Sie sollten nur punktuell zusammentreten, wenn es zweckmäßig erschien, die GenossInnen für konkrete Aufgabenstellungen einheitlich auszurichten, etwa zur Vorbereitung von Konferenzen und Ausformulierung von Anträgen.⁴⁶ Linkssozialistische und parteilose fortschrittliche GewerkschafterInnen sollten zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Arbeit in den zentralen Fraktionen, die in 13 der 16 Teilgewerkschaften gebildet werden konnten und sich aus den KP-Mitgliedern der Zentralvorstände, den KP-Gewerkschaftssekretären und weiteren vom ZK bestimmten FunktionärInnen zusammensetzten, wurde koordiniert von der Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees,⁴⁷ die zwischenzeitlich auch als „Abteilung für Betriebsangelegenheiten und Sozialpolitik“ bezeichnet wurde. Als Hilfsorgan des Zentralkomitees zur Behandlung gewerkschaftlicher Fragen wurde 1948 die so genannte „Gewerkschaftskommission“ geschaffen, die aus den kommunistischen Mitgliedern des ÖGB-Bundesvorstandes und weiteren vom ZK bestimmten GenossInnen bestand. In weiterer Folge wurde die Gewerkschaftsabteilung als Durchführungsorgan der Gewerkschaftskommission charakterisiert.⁴⁸

Einheitslisten und Betriebsratswahlen

Die folgenreichste Maßnahme zur Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses war die Aufspaltung der Betriebsratswahllisten nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Hier setzte die SPÖ die von ihr eingeleitete Fraktionierung in der ÖGB-Spitze in der Ablehnung der von kommunistischer Seite forcierten „Einheitslisten“ fort. Die KPÖ trat von Beginn an gegen solche Spaltungsbestrebungen, „gegen die Aufsplitterung der Gewerkschaftler nach Parteien“ und für „einheitliche Listen“ ein.⁴⁹ Mit der Konzentration auf Einheitslisten wollten die KommunistInnen verhindern, dass politische Konflikte in den Gewerkschaften den Kampf für die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen verdrängen und so die Kampfkraft der ArbeiterInnen geschwächt werde. Der KPÖ ging es darum, „dass die Gewerkschaften eine konsequente Klassenpolitik verfolgen sollen, die den Interessen der gesamten Arbeiter und Angestellten entspricht“.⁵⁰ Demgemäß sollte



Demonstration am 17. Mai 1949 vor dem Wiener Rathaus gegen das 3. Lohn- und Preis-Abkommen, bis zu diesem Zeitpunkt die größte Kundgebung nach 1945.

auch die Auswahl der KandidatInnen in Betriebsversammlungen allein aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Fähigkeiten und demokratischen Verlässlichkeit erfolgen. Ein „Wahlkampf“ von Parteilisten und die Aufspaltung der Belegschaften nach parteipolitischen Gesichtspunkten würden die Gegensätze im Betrieb vertiefen und die Aufmerksamkeit der ArbeiterInnen und Angestellten von ihren sozialökonomischen Forderungen ablenken. Parteilisten könnten so „nur den Unternehmern helfen und werden deswegen von uns abgelehnt“.⁵¹

1945 wurden die provisorischen Betriebsräte vielerorts durch Vereinbarungen und nicht auf Basis von Wahlen gebildet. Vor dem Hintergrund des damaligen Einheitswillens der ArbeiterInnen und Angestellten spielte die Parteizugehörigkeit hier eine untergeordnete Rolle. Auch die ersten Betriebsratswahlen wurden im Jahr 1945 in der Regel auf einheitlichen Listen durchgeführt. Im Juli 1945 berichtete der kommunistische Pressedienst von Betriebsratswahlen in 430 Betrieben mit insgesamt 1.324 BetriebsrätInnen, davon 625 KommunistInnen, 560 SozialdemokratInnen, 38 Volksparteiler und 101 Parteilose.⁵² Hinter diesen Angaben wurde zwar von SP-Seite eine „Tendenzmeldung“ vermutet,⁵³ anzuzweifeln sind aber umgekehrt jene Angaben, die ausgehend von einem US-Geheimdienstbericht und einem Vortrag des Sozialdemokraten Ernst Lemberger in Paris ihren Weg in die Forschungsliteratur genommen haben.⁵⁴ Lemberger berichtete hier über seine Österreichreise, dass die KPÖ in Wiener Großbetrieben – konkret ging es um die Floridsdorfer Lokomotivfabrik, Warchalowski und die

Simmeringer Waggonfabrik – nicht mehr als 10% der Stimmen erhalten habe.⁵⁵ Ähnliche Angaben finden sich auch in einem US-Geheimdienstbericht von Anfang Juli.⁵⁶ Dies steht im deutlichen Widerspruch dazu, dass die KPÖ im Herbst 1945 bei den Betriebsratswahlen ausgezeichnete Ergebnisse erzielte, was ihren – letztlich überzogenen – Optimismus hinsichtlich der bevorstehenden Nationalratswahlen entscheidend nährte. So konnten in den meisten obersteirischen Großbetrieben (Seegraben, Donawitz, Fohnsdorf usw.), in vielen Wiener und niederösterreichischen Betrieben, sowie in den Bezirken Hallein und Villach, kommunistische Mehrheiten errungen werden.⁵⁷ In einem Brief an Stalin berichteten Johann Kopleng und Generalsekretär Friedl Fürnberg, dass die KPÖ in den Großbetrieben der Steiermark zweifellos die stärkste Partei sei.⁵⁸

Zwar liegen aus den Jahren 1945 bis 1947 keine repräsentativen Gesamtergebnisse der Betriebsratswahlen vor, diese wenigen Beispiele verdeutlichen jedoch bereits den bedeutenden kommunistischen Einfluss in der unmittelbaren Nachkriegszeit, vor allem in den industriellen Großbetrieben. Eine im Vorfeld des 13. Parteitags im April 1946 erstellte KPÖ-interne Statistik weist insgesamt 2.272 kommunistische BetriebsrätInnen aus, davon 1.059 in Wien und 429 in Niederösterreich.⁵⁹ Bis Ende 1946 wurde von der KPÖ ermittelt, dass 29,4% aller BetriebsrätInnen Mitglieder der Partei seien.⁶⁰ In diesem Jahr waren SPÖ und ÖVP bereits dazu übergegangen, getrennte Parteilisten bei den Betriebsratswahlen aufzustellen. Die kommunistischen GewerkschafterInnen wiederum

errangen Ende 1946 bzw. Anfang 1947 in zahlreichen Großbetrieben die Mehrheit, u.a. erneut bei der Alpine-Montan in Donawitz, im Bergbau Fohnsdorf und Erzberg, in der Zellulose- und Papierfabrik Hallein, sowie im Zistersdorfer Erdölgebiet.⁶¹ In der Alpine-Montan Donawitz, dem größten Betrieb Österreichs, wo die KPÖ mit einer Parteiliste kandidierte, konnte sie sich im Jahr 1946 auf eine Betriebsorganisation mit 965 Mitgliedern stützen.⁶² 1950 stieg die Zahl der dortigen kommunistischen Parteimitglieder auf 1.304 (von insgesamt ca. 6.300 Beschäftigten).⁶³ Die kommunistischen Betriebsratsobmänner waren von 1945 bis 1947 Sepp Filz und ab 1949 Franz Petz.

Als nach Beschlussfassung des Betriebsrätegesetzes im März 1947 die erste reguläre Betriebsratswahlrunde bevorstand, beschlossen der Parteivorstand der SPÖ und die Vertreter der Partei im Bundesvorstand des ÖGB im Juli 1947 in einer gemeinsamen Konferenz, dass die SozialistInnen „grundsätzlich auf eigenen Listen als sozialistische Gewerkschafter kandidieren sollten“. „Einheitslisten“ wurden mit der aus der Zeit der Ersten Republik bekannten Behauptung abgelehnt, dass die „Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung [...] in den Organisationen der Sozialistischen Partei verwirklicht“ sei;⁶⁴ ein angesichts der Massenbasis der KPÖ in den industriell geprägten Gebieten schwer nachvollziehbares Argument. Die ÖVP, die sich 1947 zunächst ebenso für Einheitslisten ausgesprochen hatte, legte zwar einen formalen Protest gegen diesen Beschluss ein, kündigte aber an, ebenfalls Parteilisten aufstellen zu wollen.⁶⁵ Insgesamt war die Aufspaltung der Betriebsratswahllisten die wichtigste Maßnahme der SPÖ, den einheitlichen Charakter des ÖGB zu unterlaufen. Aufgrund dieser Bestrebungen, die Betriebsratswahlen nach Parteilisten auszurichten, „um klare Verhältnisse hinsichtlich der Stärke der einzelnen Parteirichtungen innerhalb der Arbeiter- und Angestelltenschaft zu schaffen“,⁶⁶ wurde es den kommunistischen GewerkschafterInnen erschwert, an der Basis die angestrebte Gewerkschaftseinheit zu realisieren. Die Furcht der ÖGB-Spitze vor einer „Aktionseinheit“ der ArbeiterInnenklasse kommt auch darin zum Ausdruck, dass der Beschluss, auf sozialistischen Parteilisten zu kandidieren und Einheitslisten abzulehnen, von Johann Böhm und Karl Maisel geradezu als „Ergebnis der kommunistischen Taktik“ hingestellt wurde, da die KPÖ „durch ihre Manöver eine kleine

Minderheit als eine Mehrheit hinstellen“ wolle.⁶⁷ Dieses Argument folgte der Polemik der SPÖ, wonach es sich bei den Einheitslisten um kommunistische Tarnlisten handelte. Durch die sozialistischen Gewerkschaftsfraktionen wurden die Sozialisten „in den Gewerkschaften instand gesetzt, der Beeinflussung der Arbeiterschaft durch die Kommunisten Grenzen zu setzen“, begründete Schärf offen die Motive der SPÖ.⁶⁸ Resümierend schätzt Anton Pelinka die Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage als „die bedeutendste [...] von diesen Fehlschlägen der Politik der Einheitsparolen“ ein.⁶⁹

Ungeachtet dieser Weichenstellung hielt die KPÖ vor den Betriebsratswahlen 1947/48 an ihrer Orientierung auf gewerkschaftliche Einheitslisten fest und veröffentlichte einen Aufruf, wonach auf diesen die verlässlichsten und erfahrensten ArbeiterInnen aufgestellt werden sollten. Nur in jenen Fällen, wo es nicht gelingen sollte, SozialistInnen, Parteilose oder christliche ArbeiterInnen als KandidatInnen für die Einheitsliste zu gewinnen, sollten kommunistische Listen gegen die SPÖ antreten.⁷⁰ Namenslisten waren nur dort vorgesehen, wo sich bekannte oppositionelle SozialistInnen mit hohem Ansehen zu einer Kandidatur bereit erklärten.⁷¹ Sozialistischen ArbeiterInnen wurde jedoch von der SP-Parteilitung bei Androhung des Ausschlusses verboten, auf Einheitslisten zu kandidieren.⁷² Insgesamt konzentrierte die SPÖ im Betriebsratswahlkampf 1947/48 ihr Feuer ganz auf die KPÖ und den „Terror der ‚Einheitslisten‘“, wie der sozialdemokratische Publizist Jacques Hannak polemisierte.⁷³ Was nun folgte, war ein monatelanger „in sämtlichen Betrieben des Landes mit aller Gehässigkeit geführter Bruderkampf“, wie im Theorieorgan der KPÖ resümierend beklagt wurde.⁷⁴

Nichtsdestotrotz verliefen die Betriebsratswahlen für die KPÖ sehr erfolgreich, wenngleich es schwierig ist, vollständige und verlässliche Zahlenangaben für das gesamte Bundesgebiet zu nennen: Zum einen spiegeln die vom ÖGB verlautbarten Mandatszahlen nur unzureichend den tatsächlichen kommunistischen Einfluss in der ArbeiterInnenklasse wider, weil in Großbetrieben fünf bis acht Mal mehr Stimmen für ein Mandat erforderlich waren als in kleinen und mittleren Betrieben, die KPÖ jedoch vor allem in Betrieben mit hohen Beschäftigtenzahlen verankert war. Direkt manipulativ erfolgte die Auswertung der Betriebsratswahlergebnisse durch den ÖGB hinsichtlich der KP-nahen Einheitslisten. Diese wur-

den zwar als kommunistisches Tarnungsmanöver abgelehnt, in den Statistiken wurden jedoch die auf diesen Listen kandidierenden SozialistInnen der SPÖ zugeschlagen, obwohl diese einheitsfreundlichen sozialistischen GewerkschafterInnen in Opposition zur Spaltungspolitik der SPÖ- und ÖGB-Führung standen. Die weiteren Mandate der Einheitslisten wiederum wurden in den ÖGB-Statistiken in der Rubrik „Namenslisten“ bzw. „unbekannte Parteizugehörigkeit“ versteckt, was zur Folge hatte, dass in die Gesamtzahl der KP-Mandate allein kommunistische Parteilisten einfließen, die – wie erwähnt – nur in seltenen Fällen kandidierten, nämlich dann, wenn keine Einheitsliste zustande kam. Die Ergebnisse der KPÖ bewegten sich vor diesem Hintergrund in den ÖGB-Statistiken bis 1955 um die 5 bis 7%,⁷⁵ was den tatsächlichen betrieblichen Einfluss der Partei völlig verfälschte.

Umgekehrt ging die KPÖ dazu über, sämtliche als „parteilos“ ausgewiesenen BetriebsrätInnen den KP-nahen Einheits- und Namenslisten zuzurechnen, so z.B. die 1947/48 ermittelten 34,4% aller BetriebsrätInnen, die auf Einheits- und Namenslisten bzw. KP-Listen gewählt worden sein sollen (7.998 MandatarInnen auf Einheits- und Namenslisten, 1.976 KPÖ), die offensichtlich auf einer Addition einschlägiger Angaben des ÖGB (6,8% KPÖ, 27,6% Parteizugehörigkeit unbekannt) beruhen.⁷⁶ Jedoch zeugen auch alle weiteren zur Verfügung stehenden KPÖ-Statistiken über die Betriebsratswahlen dieser Jahre vom starken gewerkschaftlichen Rückhalt der Partei in der industriellen ArbeiterInnenschaft, nicht nur in den sowjetisch verwalteten Betrieben, sondern auch in privatkapitalistischen und verstaatlichten Betrieben. Die verschiedenen Zusammenstellungen liefern aber kein Gesamtergebnis, sondern nur Ausschnitte, zum einen deshalb, weil hierin zumeist nur jene Betriebe einfließen, in denen auch KP-nahe Einheitslisten oder kommunistische Parteilisten kandidierten, zum anderen weil sich die KPÖ in ihrer Gewerkschaftspolitik auf Betriebe mit über 20 Beschäftigten, also auf Groß- und Mittelbetriebe, konzentrierte. In den kleinen Betrieben blieb der kommunistische Einfluss schwach.

Eine Zusammenstellung aus 2.238 Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten weist für die Betriebsratswahlen 1947/48 einen ähnlichen Wert aus wie jenen, der durch die erwähnte Addition entsprechender ÖGB-Statistiken ermittelt wurde, nämlich 36,9% für die KP- und Ein-

heitslisten.⁷⁷ Ein Zwischenergebnis aus Niederösterreich gibt einen Hinweis auf den Anteil der einzelnen Listen an dieser Prozentzahl: So erreichten bei den bis November 1947 stattfindenden Betriebsratswahlen in 146 Betrieben KP-Listen 13%, gegen SP-Listen kandidierende Einheitslisten 7,4%, sowie Einheitslisten ohne Gegenkandidatur 15,7%, woraus ein Gesamtanteil von 36% resultierte.⁷⁸ Ein weiteres aussagekräftiges Detailergebnis liegt für Wien vor: Hier gelang es der KPÖ, in 1.085 von 1.321 erfassten Betrieben mit 120.000 Beschäftigten zu kandidieren, in 229 Betrieben mit Einheitslisten ohne Gegenlisten (13.993 Stimmen), in 856 Betrieben mit Einheitslisten-, Namens- und Parteilisten, die gegen SP-Listen antraten (39.862 Stimmen). 1.037 KommunistInnen wurden als BetriebsrätInnen gewählt (20%), darunter 218 kommunistische Betriebsratsobmänner. Dies bedeutete sogar eine Steigerung gegenüber den bisher 908 größtenteils auf Vereinbarungen beruhenden KP-BetriebsrätInnen, wodurch auch die Hoffnungen der SPÖ zunichte gemacht wurden, dass aus den ersten regulären Betriebsratswahlen eine ähnliche Isolation der KPÖ resultieren würde, wie sie damals auf allgemein-politischer Ebene sichtbar wurde. Trotz der antikommunistischen Propaganda der Gewerkschaftsführung konnten die kommunistischen Positionen nicht erschüttert werden. An KommunistInnen und Parteilose auf Einheits- und Namenslisten gingen sogar 1.659 Mandate (32,4%), inklusive der auf Einheits- und Namenslisten kandidierenden SozialistInnen erreichten diese 2.145 Mandate (41,8%). Dem gegenüber standen 854 SP-Listen mit 63.440 Stimmen und 3.295 sozialistische BetriebsrätInnen (einschließlich jener, die auf Einheitslisten kandidierten).⁷⁹ In Gesamtschätzung all dieser Zahlen wird deutlich, dass sich etwa ein Drittel der ArbeiterInnen zur gewerkschaftlichen Einheit bekannte und „der Spalterparole des SP-Vorstandes keine Folge“ leisteten.⁸⁰ „Die Offensive gegen die Kommunisten und gegen die Idee der Einheit ist gescheitert“, resümierte die *Volksstimme*,⁸¹ das Zentralorgan der KPÖ.

In den folgenden Jahren konnte die KPÖ ihre Positionen weiter ausbauen, allerdings nur um wenige Prozent. Es gelang kein massenhafter Einbruch in die Reihen der sozialistischen ArbeiterInnen. Im Herbst 1949 beschloss das Sekretariat des ZK der KPÖ, dass die Einheitslisten als „Listen für die gewerkschaftliche Einheit“ kandidieren und nur



Protestversammlung in den St. Pöltner Voith-Werken am 16. Mai 1949 gegen das 3. Lohn- und Preis-Abkommen.

in Ausnahmefällen Namenslisten antreten sollten.⁸² Auch 1951 wurde die Ablehnung von Parteilisten bekräftigt. Namenslisten waren nur dort vorgesehen, wo gewerkschaftliche Einheitslisten unmöglich waren.⁸³ Ansonsten wurde es als unrichtig eingeschätzt, „in die Anonymität einer Namensliste zu flüchten“.⁸⁴ Brachte bereits die Betriebsratswahlrunde 1949/50 eine Erweiterung des kommunistischen Stimmenanteils, setzte sich dieser Trend bei den Wahlen 1951/52, der Wahlrunde nach dem Oktoberstreik, weiter fort. Diese kommunistischen Erfolge sind auch insofern bemerkenswert, als die Betriebsratswahlen in diesen Jahren vor dem Hintergrund der oben skizzierten innenpolitischen Lage eine große politische Bedeutung über die gewerkschaftliche Ebene hinaus hatten. Ihre Ergebnisse konnten als Stimmungsbarometer der österreichischen ArbeiterInnenschaft, als „Gradmesser des Klassenbewusstseins, des Einflusses der fortschrittlichen Kräfte in der Arbeiterklasse“⁸⁵ betrachtet werden. KPÖ-Angaben zufolge wurden 1951/52 in ca. 12.000 Betrieben mehr als 3.200 BetriebsrätInnen (44,2%) auf Einheits- und fortschrittlichen Namenslisten gewählt,⁸⁶ wobei diese Gesamtbilanz aller Voraussicht nach erneut auf einer Addition aller vom ÖGB ausgewiesenen Namenslisten, auch solcher in Klein- und Kleinstbetrieben, und nicht auf eigenen Auswertungen beruht. Aussagekräftiger ist deshalb eine auf Betriebe mit über 20 Beschäftigten konzentrierte Statistik, die 2.054 Mandate für die Einheitslisten in 1.062 Betrieben ausweist (30,6%) (sowie weitere 8,6% für Namens- und Parteilosenlisten, von denen viele unter Führung der ge-

werkschaftlichen Einheit standen). 38% dieser BetriebsrätInnen auf Einheitslisten waren laut KPÖ-Angaben keine KommunistInnen, 9,6% von ihnen waren Mitglieder der SPÖ. In 256 Betrieben erreichten Einheitslisten die Mehrheit und stellten den Betriebsratsobmann,⁸⁷ vor allem in der Obersteiermark (z.B. Alpine Eisenerz und Fohnsdorf), Niederösterreich und Wien und hier wiederum vor allem in den USIA- und SMV-Betrieben. Am bedeutendsten waren die kommunistischen Erfolge in jenen Betrieben, die sich an der Streikbewegung beteiligt hatten. Als ein solches Votum über den Oktoberstreik ist vor allem die Betriebsratswahl in der VÖEST Linz im Herbst 1951 zu werten, wo sich die KP von 673 Stimmen im Jahr 1949 auf 2.501 Stimmen und damit von zwei auf neun Mandate steigern konnte.⁸⁸ Für das kommunistische Selbstbewusstsein sehr wichtig waren Ergebnisse wie jene in den Floridsdorfer Großbetrieben, wo die Einheitslisten mit 48% knapp an die SPÖ mit 52% herankamen.⁸⁹

Einen exemplarischen Einblick in die Stärke der KPÖ gewährt auch das Teilergebnis der Betriebsratswahlen in Niederösterreich bis 31. Dezember 1951: Der Partei gelang es bis zu diesem Zeitpunkt, in insgesamt 210 der 298 erfassten Betriebe zu kandidieren, in 188 mit Listen der gewerkschaftlichen Einheit, in 22 mit fortschrittlichen Namenslisten. Insgesamt wurden hier 1.705 Betriebsratsmandate vergeben, von denen 1.016 an die SPÖ gingen, 532 an die Einheitslisten (31,3%) und 47 an die Namenslisten (2,7%). In 89 Betrieben wurde die Mehrheit errungen. Bei den Angestellten konnte in 65 der 75 erfassten Betriebe kandidiert werden, davon 45 USIA-



Demonstration gegen die Teuerung am 26. April 1951 in Wien.

Betriebe. In 42 wurde die Mehrheit erreicht.⁹⁰ Am Ende der Wahlrunde wurden in Niederösterreich insgesamt 798 ArbeiterbetriebsrätInnen in 238 Betrieben und 129 Mehrheitsbetriebe bilanziert. In 99 dieser Betriebe kandidierten nur gewerkschaftliche Einheitslisten.⁹¹ Bereits 1949 war in so wichtigen Betrieben wie Voith und Glanzstofffabrik in St. Pölten, Rax-Werke in Wiener Neustadt oder etwa in der Zuckerfabrik Bruck an der Leitha die Betriebsratsmehrheit von der SPÖ zu den Einheitslisten gewandert.⁹² Weitere kommunistische Betriebsratsobmänner gab es in Niederösterreich u.a. in der Berndorfer und Enzesfelder Metallwarenfabrik, im Feinstahlwerk Traisen, bei Neumann in Marktl, im Nibelungenwerk St. Valentin, in der Schmidhütte Krems, der Schuhfabrik Rehberg, in verschiedenen Raffinerien der SMV (z.B. Nova Schwechat), der Moosbrunner und Brunner Glasfabrik oder bei Semperit in Wimpasing. In Wien waren die Mehrheitsbetriebe (97 zur Zeit des Oktoberstreiks) vor allem in den sowjetischen Bezirken Floridsdorf, Stadlau und Liesing zu finden, u.a. Austro-Fiat, Lokomotivfabrik (Lofag), Trauzl Mannesmann, Hofherr Landmaschinen, Bau-Montage der SMV, die drei Betriebe der Stadlauer Lederindustrie, Tanklager Lobau, Waagner-Biró A-Werk, AEG Union, Osram, Schicht AG, Akkumulatorenfabrik, Rumpel, Elin, Wiener Leichtmetall, sowie Goerz, Wertheim und Orop im 10. Bezirk und die DDSG.⁹³ 1951 ging auch in den Böhler-Ybbstal-Werken und bei Siemens-Schuckert im 2. Wiener Bezirk die Mehrheit an die Einheitsliste.⁹⁴ Kommunistische Hochburgen außerhalb der sowjetischen Besatzungszone blieben die Bergbaubetriebe in der Obersteiermark,

wo allerdings die meisten Mehrheiten Ende der 1940er Jahre verloren gingen, Graz (Puch-Werke, Weizer Waggonfabrik, Andritzer Maschinenfabrik, Waagner-Biró, Verkehrsbetriebe), Hallein (Zellulose, Saline), die Salzburger Aluminium AG in Lend und einzelne Betriebe Kärntens (z.B. Kestag). Stark war die kommunistische Verankerung in mehreren Eisenbahnhöfen, was bei den Personalvertretungswahlen im Jahr 1952 in 12.291 Stimmen (16,4%) für die Einheitsliste zum Ausdruck kam.⁹⁵ Mit 11,2% wurde im April 1954 bei den Wiener Gemeindebediensteten ein ähnlich gutes Ergebnis erzielt, wobei 21,7% bei den StraßenbahnerInnen besonders hervorzuheben sind.⁹⁶

Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit

Ende 1951/Anfang 1952 ging aus den kommunistischen Fraktionen und den Erfahrungen, die bei den Betriebsratswahlen mit gewerkschaftlichen Einheitslisten gesammelt werden konnten, die Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit hervor, die sich in weiterer Folge zu einer festgefügteten *Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit* – kurz GE – entwickelten. Zu dieser Zeit ging auch die SPÖ daran, auf allen Ebenen des ÖGB eine „Sozialistische Fraktion im ÖGB“, die spätere FSG, zu konstituieren und von oben nach unten durchzuorganisieren. Mit der GE war eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit oppositionellen SozialistInnen, LinkssozialistInnen der *Sozialistischen Arbeiterpartei* (SAP) um Erwin Scharf und parteilosen fortschrittlichen GewerkschafterInnen bezweckt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Bemühungen um

die Herstellung der ArbeiterInneneneinheit häufig darauf beschränkt, einzelne SozialistInnen und Parteilose für die KandidatInnenlisten bei Betriebsratswahlen zu gewinnen. Der Grundgedanke der GE-Schaffung war, die durch die Einheitslisten gewonnenen, eher losen Verbindungen zu fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften zu stabilisieren und langfristig innergewerkschaftlich

wirksam werden zu lassen. Dies war auch ein wichtiger Zweck einer groß angelegten Betriebsdelegiertenkonferenz am 7. Dezember 1952 im Linzer Märzenkeller, bei der sich 1.037 BetriebsrätInnen und Betriebsdelegierte für die Beseitigung des aus der NS-Zeit stammenden Lohnsteuersystems, der „Kriegslohnsteuer“, aussprachen.⁹⁷

Erstmals wurde die Aufgabenstellung, die kommunistischen Fraktionen zu „Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit“ zu erweitern, „in welchen Kommunisten, Sozialisten und Parteilose gemeinsam die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter beraten“, in einer Resolution des Politischen Büros des ZK der KPÖ vom 28. November 1951 formuliert.⁹⁸ Daraufhin wurden die kommunistischen Fraktionen aufgelöst und in den Betrieben, Zahlstellen und Ortsgruppen, sowie in den einzelnen Fachgruppen, Bezirks- und Landesleitungen der Gewerkschaften durch die Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit ersetzt.⁹⁹ Im Vordergrund stand der Aufbau der Gewerkschaftsfraktion von unten nach oben, beginnend mit den Betrieben zu den genannten gewerkschaftlichen Basisstrukturen. Aus den Fraktionen der verschiedenen Fachgewerkschaften wurde zuletzt die zentrale Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB gebildet. Der Zeitpunkt zur Bildung dieser neuen Organisationsformen war auch insofern günstig, als die Einheitslisten bei den Betriebsratswahlen in diesen Wochen große Erfolge erzielt hatten und die KPÖ diesen Rückenwind zu nutzen versuchte. Um eine weitestgehende Einbeziehung oppositioneller GewerkschafterInnen zu ermöglichen, wurden die KommunistInnen angewiesen, in der

Fraktionsarbeit möglichst lose und breite Formen und Methoden anzuwenden.¹⁰⁰ Friedrich Hexmann, Sekretär der Gewerkschaftsabteilung, charakterisierte die Fraktionen der GE vor diesem Hintergrund als „eine Bewegung und keine Organisation“.¹⁰¹ Langfristiges Ziel blieb die Überwindung der fraktionellen Zerrissenheit des ÖGB, der wieder ein „Organ der überparteilichen Aktionsgemeinschaft werden“ sollte. Die Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit wurden nicht als Aktionseinheit selbst, sondern als Mittel betrachtet, um diese zu erreichen.¹⁰² Die seit März 1947 unter der Redaktion Leopold Horniks herausgegebene kommunistische Gewerkschaftszeitung *die arbeit* erschien fortan monatlich als Organ der *Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit*. Auch die Betriebszeitungen der kommunistischen Betriebsorganisationen wurden zu Organen der gewerkschaftlichen Einheit umgestaltet. Dort, wo die GE die Mehrheit im Betriebsrat stellte, sollten diese als Organe des Betriebsrates erscheinen.

Innergewerkschaftlich war der Ausbau der kommunistischen Fraktionen zu überparteilichen Plattformen insofern ein riskanter Schritt, als die sozialistischen Fraktionen die neu geschaffenen Fraktionen der GE nicht anerkannten und auf dem Standpunkt standen, dass die Sitze in den ÖGB-Leitungen nur anhand der Parteizugehörigkeit zu vergeben seien. In einigen Teilgewerkschaften wurde den kommunistischen Leitungsmitgliedern, die sich nun zur Fraktion der GE bekannten, die Aberkennung ihrer Mandate angedroht. Bei konsequenter Nichtanerkennung der GE drohte die völlige Ausschaltung der Gewerkschaftsopposition. Demgegenüber legte die KPÖ die faktische Kraft ihrer breiten gewerkschaftlichen Verankerung in die Waagschale: „Das Bestehen der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit ist eine Tatsache. Die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit ist bei den Betriebsratswahlen in hunderten Betrieben in Erscheinung getreten. Tausende Betriebsräte wurden auf diesen Listen gewählt. Die Zugehörigkeit zur Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit steht nicht nur nicht im Widerspruch zu den Grundlagen des ÖGB, sondern verteidigt diese“, wurde in einer Erklärung verlautbart.¹⁰³ Das ÖGB-Präsidium blieb in weiterer Folge zwar bei seinem Standpunkt, dass die Fraktion der GE nicht anerkannt werden könne, dennoch wurde den angeschlossenen Teilgewerkschaften und den Landes- und Bezirksstellen empfohlen, ihr

bei Wahlen in die einzelnen Vertretungskörperschaften eine den Kräfteverhältnissen entsprechende Vertretung zu gewähren. Argumentativ wurde dieser pragmatische Zugang dadurch ermöglicht, dass die formal überparteiliche Fraktion der GE vom ÖGB ganz einfach als kommunistische Fraktion betrachtet¹⁰⁴ und in weiterer Folge auch als kommunistische Tarnliste stigmatisiert wurde.¹⁰⁵ Tatsächlich gelang es nur in Ausnahmefällen, die Fraktionen der GE auf überparteilicher Grundlage umzuformen. Als gelungenes Beispiel wurden neun der 13 Metallarbeiterortsgruppen des ÖGB in Wien angeführt, deren 60 Leitungsmitglieder der GE auch 24 Parteiose und Sozialisten umfassten.¹⁰⁶ In den weiteren vier Ortsgruppen bestanden noch die früheren kommunistischen Fraktionen. Insgesamt blieben „in vielen Fällen [...] die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen bestehen, und Sozialisten und Parteiose fungierten nur als Gäste, oft sogar nur als Zaungäste“, wie Hexmann im Juni 1953 resümierte.¹⁰⁷ In der Praxis übernahm die Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPÖ die faktische Funktion eines Büros der zentralen Fraktion der GE.¹⁰⁸

Bei der Betriebsratswahlrunde 1953/54 erreichten die Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit zwar respektable Ergebnisse, es gelang jedoch nicht wie in den Vorjahren, ihren Einfluss weiter zu stärken. Verluste gab es in einer Reihe von Privatbetrieben und Betrieben der verstaatlichten Industrie, was mit der wirtschaftlichen Konjunktur, der Stabilisierung des Kapitalismus und dem Fehlen größerer Massenbewegungen seit dem Oktoberstreik zu tun hatte.¹⁰⁹ In den Steyr-Werken sank die Mandatszahl für die GE 1953 von 8 auf 1 (312 Stimmen), nachdem die Direktion nach dem Oktoberstreik Anhänger von KPÖ und GE systematisch entfernt hatte. 1955 erreichte die GE wieder 3 Mandate (918 Stimmen).¹¹⁰ In Donawitz reduzierten sich die kommunistischen Mandate 1954 von 9 auf 6 (1.494 Stimmen, 29%), konnten jedoch 1956 wieder auf 9 gesteigert werden (2.169 Stimmen, 39,1%), was verdeutlicht, dass es im gewerkschaftlichen Bereich nach 1955 keine kontinuierliche Abwärtsentwicklung gab, sondern dieser allgemeine Trend stellenweise auch durchbrochen und umgekehrt werden konnte.¹¹¹ Eine KPÖ-Statistik über die Betriebsratswahlen 1953/54 gibt darüber Auskunft, dass die GE in 657 Betrieben mit 250.000 ArbeiterInnen und Angestellten kandidierte, darunter alle wichti-

gen Großbetriebe Österreichs. (Insgesamt waren 1953 vom ÖGB 3.944 Industriebetriebe mit ca. 467.500 Beschäftigten erfasst. 2.714 davon waren Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 449.000). Die GE erreichte in diesen 657 Betrieben in Summe 28% der Stimmen und 39,3% der Mandate. 58.828 Stimmen entfielen auf die GE bei Wahlen zu 657 ArbeiterInnenbetriebsräten (1.551 Mandate), 6.689 Stimmen bei 204 Angestelltenbetriebsräten (374 Mandate), was eine Gesamtstimmenzahl von 65.517 (1.925 Mandate) ergab (SPÖ: 151.004 Stimmen, 2.676 Mandate in diesen Betrieben). Von den zu diesem Zeitpunkt erfassten 1.060 BetriebsrätInnen der GE gehörten 60,9% der KPÖ an, 9,8% der SPÖ, 3,1% der SAP, 26% waren parteilos. Diese Statistik ist auch deshalb sehr aussagekräftig, weil sie die Ergebnisse der GE in privaten, verstaatlichten und sowjetisch verwalteten Betrieben aufschlüsselt: 428 der insgesamt 657 Betriebe waren Privatbetriebe, 44 verstaatlicht. Bei den übrigen 185 handelte es sich um USIA- und SMV-Betriebe. In den privatkapitalistischen Betrieben erreichte die GE 19,2% der Stimmen, in den verstaatlichten Betrieben 14,3%, in den sowjetischen Betrieben gingen 70,5% an die Einheitsliste. In 267 Betrieben erreichte die GE die Mehrheit im Arbeiterbetriebsrat und stellte damit den Betriebsratsobmann. 158 davon waren sowjetische Betriebe, 109 verstaatlicht oder privat. Bei den Angestelltenbetriebsräten gab es 109 Mehrheiten (90 USIA und SMV).¹¹²

Ungeachtet der respektablen Verankerung der KPÖ in verstaatlichten und privatkapitalistischen Betrieben fällt bei dieser Statistik die überragende Bedeutung der USIA- und SMV-Betriebe für die kommunistische Partei- und Gewerkschaftsarbeit ins Auge. So betrug der Anteil der KommunistInnen an den ArbeiterInnen und Angestellten der USIA-Betriebe in den 1950er Jahren knappe 50%, was bedeutete, dass ein Fünftel der Gesamtmitgliedschaft der Partei in einem sowjetischen Betrieb arbeitete. Vor diesem Hintergrund konnte auch der Stimmenanteil bei Betriebsratswahlen in den sowjetischen Betrieben sukzessive gesteigert werden: Betrug er dort 1947 nur knapp ein Drittel, wuchs er 1949 auf 40%¹¹³ und 1952 auf 69%.¹¹⁴ Dominierend war der kommunistische Einfluss von Beginn an im Zistersdorfer Erdölgebiet, wo bereits bei den Betriebsratswahlen 1947/48 68,7% der Mandate auf Einheitslisten entfielen.¹¹⁵ Nach den Be-

etriebsratswahlen 1953/54 stellte die GE schließlich in 74% aller USIA- und SMV-Betriebsräte (Arbeiter und Angestellte) den Betriebsratsvorsitzenden.¹¹⁶ Zu beachten ist dabei auch, dass die SPÖ in zahlreichen sowjetischen Betrieben gar nicht in der Lage war, eine Parteiliste aufzustellen und hier nur die gewerkschaftliche Einheitsliste zur Wahl stand.

Bei den Arbeiterkammer-Wahlen im Oktober 1954 konnte die *Gewerkschaftliche Einheit* ihren Stimmenanteil in der ArbeiterInnenschaft auf knapp 10% steigern (94.045 Stimmen),¹¹⁷ was das beste Ergebnis in der Zweiten Republik darstellt (siehe dazu den Beitrag von Hans Hautmann in dieser Ausgabe der *Mitteilungen*). Nach 1955 gingen zwar die Anzahl die Kandidaturen und auch die Stimmen- und Mandatszahlen für die GE bei Betriebsratswahlen im Allgemeinen zurück. Die Erwartungen ihrer politischen GegnerInnen, dass die GE nun rapide an Einfluss verlieren werde, erfüllten sich jedoch nicht. So kandidierte die Fraktion bei den ersten Betriebsratswahlen nach Abschluss des Staatsvertrages in 390 Betrieben mit mehr als 200.000 Beschäftigten, wo sie 51.000 Stimmen erreichte.¹¹⁸ Dabei handelte es sich um ein Zwischenergebnis von Ende November 1955, eine andere Quelle nennt für diese Wahlrunde schließlich 974 Mandate für die GE.¹¹⁹ Einzelnen Rückschlägen standen auch Stimmengewinne in einigen ehemaligen USIA- und SMV-Betrieben gegenüber, z.B. bei Austro-Fiat, Lofag, der Glanzstofffabrik in St. Pölten und in einigen Erdölbetrieben.

Ungeachtet des Rückgangs des Einflusses der KPÖ auf allgemein-politischer Ebene blieben in den 1960er Jahren die kommunistischen Positionen in den Betrieben weitgehend konstant. So erreichte die GE bei den Betriebsratswahlen 1964 40.414 Stimmen und 743 Mandate.¹²⁰ Der kommunistische Einfluss in der IndustriearbeiterInnenschaft und im gewerkschaftlichen Bereich ging damit weit über das Stimmengewicht der KPÖ bei allgemeinen Wahlen hinaus. Dieses gefestigte Vertrauen zur GE hatte nicht zuletzt auch mit der persönlichen Ausstrahlungskraft einzelner kommunistischer BetriebsrätInnen zu tun. In zahlreichen größeren Betrieben konnten auch in den 1960er und 1970er Jahren die Mehrheiten behauptet werden. 1968 zählte die GE noch 487 BetriebsrätInnen in 211 Betrieben,¹²¹ darunter 26 Mehrheitsbetriebe, u.a. einige Betriebe der Mineralölverwaltung (Tanklager Lobau, Bau-Montage, Orop-Lager Hafen, Zen-

tralwerkstatt), Fiat, Akku Liesing, Goerz, Brown-Boveri, Glanzstoff St. Pölten, Raffinerie Schwechat (Nova), Brunner Glasfabrik, EMF Enzesfeld, Grazer Verkehrsbetriebe und Saline Hallein.¹²² Mit Franz Heinisch, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Chemiarbeitergewerkschaft, stellte die GE auch den Zentralbetriebsratsobmann der ÖMV.¹²³ Aus der Anzahl von 439 BetriebsrätInnen in 205 Betrieben nach den Betriebsratswahlen 1976/77 wird ersichtlich,¹²⁴ dass trotz der krisenhaften Entwicklung der Partei in den Jahren 1968 bis 1971 die betriebliche Verankerung weitgehend konstant geblieben war. Bis 1990 folgte ein kontinuierlicher Rückgang der Stimmen- und Mandatszahlen. In der Glanzstofffabrik St. Pölten, bei Bau-Montage der ÖMV und in der Brunner Glasfabrik hatte der *Gewerkschaftliche Linksblock*, die Nachfolgeorganisation der GE, noch in den 1980er Jahren die Mehrheit inne.¹²⁵

Anmerkungen:

1/ Die Wiedergeburt Österreichs. Die Stellung der Kommunisten im nationalen Freiheitskampf des österreichischen Volkes. o.O. [Moskau] o.J. [1944], S. 21f.

2/ Klenner, Fritz/Pellar, Brigitte: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. Wien 1999, S. 380.

3/ Vgl. ebd.; Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Bericht über die Gewerkschaftsbesprechung in der Eisenbahndirektion Westbahn am 18.4.1945.

4/ Fiala, Gottlieb: Die Befreier brachten auch die Gewerkschaftsfreiheit. Erinnerungen an die Gründung des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes, in: *Österreichische Volksstimme*, 13.4.1951, S. 2.

5/ KPÖ Wien, Gewerkschaftliche Information, Bericht über die am 28. April 1945 stattgefundene Parteienbesprechung, abgedruckt in: Zakravy, Peter: Die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im Österreichischen Gewerkschaftsbund. Vom „Transmissionssystem“ zum Modell klassenorientierter Gewerkschaftsautonomie. Dissertation Universität Wien 1979, S. 766–767.

6/ Klenner/Pellar (wie Anm. 2), S. 382.

7/ Deubler, Oscar: Demokratisierung stärkt den Gewerkschaftsbund, in: *die arbeit*, 1. Jg., Nr. 1, März 1947, S. 7–9, hier S. 7.

8/ ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 19./20.6.1946, Beilage: Diskussionsgrundlage für unsere Arbeit in den Gewerkschaften, o.D. [Juni 1946], S. 1; Lustmann, E. [Elek]: Arbeiterbewegung und Gewerkschaft, hg. vom Zentralkomitee der KPÖ, Abteilung für Schulung und Propaganda. Wien 1955 (Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Lehrgang für die Grundschulung, Heft 5), S. 10.

9/ Fiala (wie Anm. 4).

10/ Horn, Otto: Um die Gewerkschaftseinheit, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg., Nr. 4, April 1946, S. 206–211, hier S. 206.

11/ Das Forderungsprogramm des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg., Nr. 1, Jänner 1946, S. 64.

12/ Honner, Franz: Zwei Jahre Österreichischer Gewerkschaftsbund, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg., Nr. 5, Mai 1947, S. 326–332, hier S. 329.

13/ Kopenig, Johann: Der Kampf um die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 4, April 1948, S. 1–3, hier S. 2.

14/ Weber, Fritz: Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945–1950, in: Pelinka, Peter/Steger, Gerhard (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien 1988, S. 11–21, hier S. 19 (Hervorhebung im Original).

15/ ZPA, Betriebsrätekurs, Wiener Stadtleitung der KPÖ, Gewerkschaftsabteilung, Lehrbrief Nr. 2: Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit, Februar 1950, S. 4 und 6.

16/ Z.B. E.L. [Elek Lustmann]: Gewerkschaft und Politik, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg., Nr. 12, Dezember 1948, S. 825–828; Kodicek, Egon: Erste Lehren aus den Betriebsratswahlen, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 4, November 1951, S. 69–70; Hexmann, Friedrich: Die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit und die Betriebsratswahlen, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 6, Juni 1953, S. 102–104.

17/ Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945–1950. Wien 1975 (In Sachen, Heft 1), S. 76.

18/ Ehmer, Josef/Herzog, Rupert: Die österreichischen Gewerkschaften in der Restaurationsperiode 1945–1951 im Spiegel neuerer Forschungen. Ein Literaturbericht, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Nr. 8, I/1985. Frankfurt/M. 1985, S. 258–269, hier S. 267.

19/ Weber, Fritz: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950. Wien 1986 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 25), S. 130.

20/ Deubler, Oscar: Der Kampf um die Demokratisierung des ÖGB geht weiter, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 6, Juni 1948, S. 7–9, hier S. 8.

21/ Vgl. Honner (wie Anm. 12), S. 330f.

22/ Kodicek, Egon: Wachsender Einfluß der Gewerkschaftlichen Einheit, in: *Der Funktionär*, 4. Jg., Nr. 5, Mai 1954, S. 87.

23/ Horak, Leo: Gewerkschaftseinheit bei den Metall- und Bergarbeitern, in: *Der Funktionär*, 2. Jg., Nr. 1, Jänner 1952, S. 7–8, hier S. 8; Täubl, Johann: Aus den Fraktionen der Gewerkschaftseinheit in Niederösterreich, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 6, Juni 1953, S. 104–105, hier S. 105.

24/ Kopenig, Johann: Der Kampf um die Aktions-einheit der Arbeiterklasse. Rede auf der Vollversammlung des Zentralkomitees der KPÖe am 20. Jänner 1954, hg. von der Kommunistischen Partei Oesterreichs. Wien o.J. [1954], S. 19f.

- 25/ Johann Täubl, in: *Volksstimme*, 21.9.1966, S. 4.
- 26/ Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947. Wien 1948, S. 1/11 und 1/223.
- 27/ ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 19./20.6.1946, Beilage: Diskussionsgrundlage für unsere Arbeit in den Gewerkschaften, S. 3; Die organisatorische Entwicklung der Partei in der Zeit vom 13. zum 14. Parteitag. o.O. [1948], S. 5f.
- 28/ Schärf, Adolf: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1950, S. 74 und 93.
- 29/ RGASPI 17/128/781/268–277 bzw. 304–314, Brief v. J. Kopleng und F. Fürnberg an I. V. Stalin über die Ergebnisse der Parlamentswahlen und die innenpolitische Lage im Land, 18.12.1945, in: Mueller, Wolfgang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien 2005 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Historische Kommission, Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen, 2. Abteilung: Diplomataria et Acta, Bd. 93), S. 233–243, hier S. 241.
- 30/ ZPA, Wiener Landesparteitag der KPÖ am 9./10.3.1946, Tätigkeitsbericht der Abteilung Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, S. 2.
- 31/ Alte Wege, in: *Österreichische Volksstimme*, 13.12.1945, S. 1.
- 32/ Fiala, Gottlieb: Der erste Bundeskongreß der österreichischen Gewerkschaften und seine Aufgaben, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 5, Mai 1948, S. 2–3, hier S. 2.
- 33/ Horn, Otto: Der zweite Bundeskongreß des ÖGB, in: *die arbeit*, 5. Jg., Nr. 11, November 1951, S. 1–9, hier S. 1.
- 34/ Honner, Franz: Der ÖGB auf gefährlichen Wegen, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg., Nr. 5, Mai 1948, S. 328–336, hier S. 332.
- 35/ ZPA 2. Landesparteitag der KPÖ Niederösterreich 2.–4.4.1948, Bericht der Abteilung für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, S. 5.
- 36/ Horn (wie Anm. 33), S. 8.
- 37/ Vgl. Horn, Otto: Die Einheit des Gewerkschaftsbundes bedroht, in: *die arbeit*, 6. Jg., Nr. 10, Oktober 1952, S. 3–7, hier S. 3.
- 38/ Kautsky, Benedikt: Geistige Strömungen im österreichischen Sozialismus. Wien [1953], S. 25.
- 39/ Olah, Franz: Die Erinnerungen. Mit 110 Abbildungen und Dokumenten. Wien u.a. 1995, S. 134.
- 40/ Vgl. Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955, S. 74 (Hervorhebung im Original).
- 41/ Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. Eine Monographie. Wien 1967 (Zeit und Wissen), S. 208.
- 42/ ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 19./20.6.1946, Beilage: Diskussionsgrundlage für unsere Arbeit in den Gewerkschaften, S. 8f.
- 43/ ZPA, Protokoll des 5. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.9.1947, Beilage 25: Otto Fischer, S. 1. 44/ Ebd., Beilage 30: Schlusswort von Johann Kopleng, S. 10.
- 45/ ZPA, Protokoll der Sitzung des politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 13.4.1948, Beilage: Organisatorische Formen und Methoden unserer gewerkschaftlichen Fraktionsarbeit, o.D. [April 1948], S. 1–4.
- 46/ Neue Aufgaben in den Gewerkschaften, in: *Der Vertrauensmann. Ratgeber für Funktionäre und Aktivisten der Landesorganisation Niederösterreich*, 3. Jg., Nr. 3, Mitte März 1948, S. 4–5, hier S. 4f.
- 47/ Die organisatorische Entwicklung der Partei in der Zeit vom 13. zum 14. Parteitag. o.O. [1948], S. 5.
- 48/ Hexmann, Friedrich: Aufbau und Aufgaben der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 3, November 1951, S. 48–50, hier S. 49f.
- 49/ Die gewerkschaftliche Arbeit in Wien, ihre Schwierigkeiten und Probleme, in: *Information*, Nr. 2, Mitte September 1945, S. 3–4, hier S. 4.
- 50/ ZPA, Betriebsrätekurs der Wiener Stadtleitung der KPÖ, Gewerkschaftsabteilung, Lehrbrief Nr. 2: Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit, Februar 1950, S. 3.
- 51/ R.J.: Das neue Betriebsrätegesetz, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg., Nr. 2, Februar 1946, S. 95–97, hier S. 96.
- 52/ Vorläufige Ergebnisse der Betriebsräte-wahlen, in: *Presse- und Informationsdienst*, Nr. 4, 21.7.1945, S. 6.
- 53/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Neues Parteiarchiv, PN2/39, Zentralsekretariat der SPÖ an ÖGB-Sekretär Karl Krisch, 31.7.1945.
- 54/ Z.B. Weber (wie Anm. 19); S. 17; Rathkolb, Oliver: Kalter Krieg und politische Propaganda in Österreich 1945–1950, in: Hansel, Michael/Rohrwasser, Michael (Hg.): Kalter Krieg in Österreich. Literatur – Kunst – Kultur. Wien 2010 (Profile, Bd. 17), S. 11–34, hier S. 18.
- 55/ DÖW 7594, Bericht Ernst Lembergers über seine Reise nach Österreich in Paris, 1945, S. 3.
- 56/ Report von H. Peter Hart, Subject: Reports on Russian occupied Austria, 10.7.1945, NA. RG 260 (Austria), Box 38, in: Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militär-administration 1945 in englischer Originalfassung. Wien u.a. 1985, S. 278–283, hier S. 279.
- 57/ Wahlsieg der steirischen Kommunisten. Erste freie Betriebsratswahl im Alpine-Betrieb Seegraben, in: *Österreichische Volksstimme*, 23.9.1945, S. 1; Ergebnisse der Betriebsratswahlen in Steiermark, in: *Österreichische Volksstimme*, 26.9.1945, S. 1; Betriebsratswahlen in Obersteiermark. Weitere kommunistische Wahlerfolge, in: *Österreichische Volksstimme*, 29.9.1945, S. 1; Wieder ein Wahlerfolg der KPOe. Betriebsratswahlen in Fohnsdorf, in: *Österreichische Volksstimme*, 30.9.1945, S. 1; Die Arbeiter wählen Kommunisten. Im Bezirk Villach die Kommunisten führend bei Betriebsräte-wahlen, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.11.1945, S. 1.
- 58/ RGASPI 17/128/781/232–236, Brief von J. Kopleng und F. Fürnberg an I. V. Stalin über die Länderkonferenzen und die politische Lage in Österreich, 14.10.1945, in: Mueller u.a. (wie Anm. 29), S. 211–221, hier S. 215.
- 59/ ZPA, Entwurf des Organisationsberichtes an den 13. Parteitag 1946, S. 5.
- 60/ ZPA, Bericht über die Entwicklung der Partei vom Parteitag bis zum 1. Jänner 1947, S. 14.
- 61/ Kommunisten stärkste Partei im größten Betrieb Oesterreichs. Sieg bei den Betriebsratswahlen der Alpine Montan, in: *Österreichische Volksstimme*, 20.11.1946, S. 1; Lauscher, Fritz: Fadenscheinige Argumente gegen die gewerkschaftlichen Einheitslisten, in: *die arbeit*, 1. Jg., Nr. 7, September 1947, S. 16–18, hier S. 17; Bilanz der Betriebsratswahlen, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg., Nr. 1, Jänner 1948, S. 1–7, hier S. 5f.
- 62/ ZPA, Die Betriebsorganisationen der Kommunistischen Partei Oesterreichs, 22.11.1946, S. 1.
- 63/ ZPA, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 29.12.1949, Beilage: [Material für die Gewerkschaftskonferenz am 15.1.1950], S. 2.
- 64/ Sozialisten und Betriebsratswahlen, in: *Arbeiter-Zeitung*, 16.7.1947, S. 1.
- 65/ Vgl. ZPA, Rundschreiben des ZK der KPÖ an alle Landes- und Bezirksleitungen, o.D. [August 1947], S. 1.
- 66/ Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme. Zweiter Band. Wien 1953, S. 1715.
- 67/ Klare Listen – klare Fronten, in: *Arbeiter-Zeitung*, 31.8.1947, S. 1.
- 68/ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955 (wie Anm. 40), S. 26.
- 69/ Pelinka, Anton: Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, in: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1. Graz u.a. 1972, S. 169–201, hier S. 179.
- 70/ Macht die Betriebsratswahlen zu einer Niederlage der Reaktion und der Spalter! Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an alle Mitglieder und Funktionäre, in: *Österreichische Volksstimme*, 14.9.1947, S. 1.
- 71/ ZPA, Protokoll der Sitzung des politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 19.8.1947, S. 2.

www.klahrgesellschaft.at

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen* 1994–2011 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

- 72/ Vgl. ZPA, Bericht über die Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaftler [an den 14. Parteitag 1948], S. 2.
- 73/ Hannak, Jacques: Vier Jahre Zweite Republik. Ein Rechenschaftsbericht der Sozialistischen Partei. Wien 1949, S. 93.
- 74/ Bilanz der Betriebsratswahlen (wie Anm. 61), S. 2.
- 75/ Vgl. Schärf (wie Anm. 40), S. 389.
- 76/ Die organisatorische Entwicklung der Partei in der Zeit vom 13. zum 14. Parteitag. o.O. [1948], S. 6; Tätigkeitsbericht (wie Anm. 26), S. 1/15 und 1/72.
- 77/ Fiala, Gottlieb: Ergebnisse der Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 1, Jänner 1948, S. 1–2, hier S. 2.
- 78/ ZPA, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 18.11.1947, S. 2.
- 79/ ZPA, 2. Wiener Landesparteitag der KPÖ 2.–4.4.1948, Material des Betriebsreferats der Wiener Stadtleitung, S. 2–3.
- 80/ Bilanz der Betriebsratswahlen (wie Anm. 61), S. 5.
- 81/ Offensive gegen die Idee der Einheit gescheitert. Die bisherigen Resultate der Betriebsrätewahlen, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.12.1947, S. 2.
- 82/ ZPA, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 6.10.1949, S. 1; Kodicek, Egon: Die Betriebsratswahlen 1949, in: *die arbeit*, 3. Jg., Nr. 11, November 1949, S. 6–7, hier S. 7.
- 83/ ZPA, Protokoll des 9. ZK-Plenums der KPÖ am 13.9.1951, Beilage 1: Referat von Honner: Die kommenden Betriebsratswahlen, S. 15; Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 1.10.1951, S. 2.
- 84/ Hexmann (wie Anm. 16), S. 104.
- 85/ Betriebsratswahlen und Kommunisten, in: *Der Funktionär*, 5. Jg., Nr. 10, Oktober 1955, S. 78–179, hier S. 178.
- 86/ Vgl. Tschofenig, Josef: Die Betriebsrätewahlen schon jetzt vorbereiten, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 3, März 1953, S. 43–44, hier S. 43.
- 87/ Hornik, Leopold: Einige Schlußfolgerungen aus den Betriebsrätewahlen, in: *die arbeit*, 6. Jg., Nr. 1, Jänner 1952, S. 6–12, hier S. 7; Fürnberg, Friedl: Nach den Betriebsratswahlen (Lehren und Aufgaben), in: *Der Funktionär*, 2. Jg., Nr. 5, Mai 1952, S. 84–85, hier S. 84.
- 88/ Fortschritte der Arbeitereinheit (Ergebnisse der Betriebsratswahlen bis 7. Dezember 1951), in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, November 1951, S. 91; Hornik (wie Anm. 87), S. 7.
- 89/ Schmidt, Ernst: Die Betriebsrätewahlen in Floridsdorf, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 12, Dezember 1953, S. 258–259, hier S. 258.
- 90/ ZPA, Bericht der Landesleitung Niederösterreich über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in Niederösterreich (abgeschlossen per 31.12.1951), o.D. [Anfang 1952], S. 1 und 4.
- 91/ Täubl (wie Anm. 23), S. 104.
- 92/ Lauscher, Fritz: Die Betriebsrätewahlen in Niederösterreich, in: *die arbeit*, 4. Jg., Nr. 2, Februar 1950, S. 13–15, hier S. 15.
- 93/ ZPA, Teilnehmerlisten Betriebsrätekonferenz am 30.9.1950.
- 94/ Von der Zweidrittelmehrheit der SP zur Mehrheit der Einheitsliste, in: *Österreichische Volksstimme*, 17.10.1951, S. 1; Tropper, Otto: Wie die Mehrheit bei Siemens-Schuckert II erobert wurde, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, November 1951, S. 92.
- 95/ Birkner, Johann: Die Personalvertretungswahlen der Eisenbahner, in: *die arbeit*, 6. Jg., Nr. 12, Dezember 1952, S. 11–14, hier S. 11.
- 96/ Tschofenig, Josef: Die Gewerkschaftliche Einheit setzt sich durch, in: *Der Funktionär*, 4. Jg., Nr. 4, April 1954, S. 65.
- 97/ Bericht über die Linzer Konferenz gegen die Kriegslohnsteuer, hg. von Karl Wiesinger. Linz o.J. [Ende 1952/Anfang 1953].
- 98/ ZPA, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK am 15.11.1951, Beilage: Resolution des Polbüros zu den Betriebsratswahlen, 28.11.1951, S. 4; Resolution des Politischen Büros des Zentralkomitees zu den Betriebsratswahlen, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, Dezember 1951, S. 86–88, hier S. 88.
- 99/ Fiala, Gottlieb: Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, Dezember 1951, S. 89–90, hier S. 90.
- 100/ Kopenig (wie Anm. 24), S. 7.
- 101/ ZPA, Protokoll des 9. ZK-Plenums der KPÖ am 18./19.3.1954, Beilage 1: Referat von Friedrich Hexmann, S. 23.
- 102/ Lustmann (wie Anm. 8), S. 19f.
- 103/ Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 8.4.1952, Beilage: ZK der KPÖ, Gewerkschaftsabteilung, an alle Fraktionsleitungen [der GE], 9.4.1952; Kodicek, Egon: Die Anerkennung der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 5, Mai 1953, S. 93–94, hier S. 93.
- 104/ ZPA, ÖGB, Anton Proksch (Generalsekretär) und Johann Böhm (Präsident) an alle angeschlossenen Gewerkschaften, Landesexekutiven und Bezirkssekretariate des ÖGB, Betrifft: Fraktion der „Gewerkschaftlichen Einheit“, Rundschreiben Nr. 10 v. 24.7.1953.
- 105/ Z.B. bei Klenner (wie Anm. 41), S. 208.
- 106/ Horak, Leo: Die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit bei den Metall- und Bergarbeitern, in: *Der Funktionär*, 2. Jg., Nr. 5, Mai 1952, S. 105–106, hier S. 105.
- 107/ Hexmann (wie Anm. 16), S. 102.
- 108/ ZPA, Vorschlag zur Verbesserung der Arbeit der zentralen Gewerkschaftsabteilung und die nächsten Aufgaben, o.D. [Herbst 1952], S. 1.
- 109/ Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 8. Jg., Nr. 1, Jänner 1954, S. 1–5, hier S. 1f.; ZPA, Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB, Die nächsten Aufgaben der Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit, 5.4.1954, S. 1f.
- 110/ Moser, Gustl: Die Betriebsratswahlen in den Steyr-Werken, in: *Der Funktionär*, 5. Jg., Nr. 11, November 1955, S. 201–202, hier S. 201f.
- 111/ Hausl, Franz: Betriebsratswahl und Nationalratswahl, in: *Der Funktionär*, 6. Jg., Nr. 5/6, Mai/Juni 1956, S. 84–85, hier S. 84.
- 112/ ZPA, Information über die bisher in der Org.-Abteilung erfassten Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1953/54, 25.3.1954, S. 1–3, 5, 7, 12; Tschofenig (wie Anm. 96), S. 65; Material zum XVI. Parteitag Mai 1954, vorgelegt vom Zentralkomitee der KPÖ. o.O. [Wien] o.J. [1954], S. 17.
- 113/ ZPA, Hermann Mitteräcker: Bericht über die Arbeit in den USIA-Betrieben, 23.11.1949, S. 2.
- 114/ Aus dem Bericht des Hochkommissars der UdSSR in Österreich, Generalleutnant V.P. Sviridov, und des Politischen Vertreters der UdSSR in Österreich, S.M. Kudrjavcev, über den Verlauf der Erfüllung des Beschlusses des Ministerrates der UdSSR zur Verbesserung der Arbeit der SCSK in Österreich, 21.3.1953, in: Mueller u.a. (wie Anm. 29), S. 819–891, hier S. 841.
- 115/ Landgraf, Walter: Ergebnisse der Betriebsratswahlen in Zistersdorf, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 2, Februar 1948, S. 12–13, hier S. 13.
- 116/ Bericht der Abteilung für innenpolitische Fragen des Apparates des Hochkommissars der UdSSR in Österreich über die politische Arbeit in den USIA-Betrieben, o.D. [vor dem 27.4.1954], in: Mueller u.a. (wie Anm. 29), S. 929–941, hier S. 933.
- 117/ Hexmann, Friedrich: Ergebnisse und Lehren der Arbeiterkammerwahlen 1954, in: *Der Funktionär*, 4. Jg., Nr. 11, November 1954, S. 204–205, hier S. 204.
- 118/ Kodicek, Egon: Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 9. Jg., Nr. 12, Dezember 1955, S. 8–10, hier S. 9.
- 119/ Hexmann, Friedrich: Das Ergebnis der Betriebsratswahlen und unsere Aufgaben, in: *die arbeit*, 12. Jg., Nr. 2, Februar 1958, S. 1–3, hier S. 1.
- 120/ ZPA, 19. Parteitag der KPÖ 27.–30.5.1965, Kämpfe und Aktionen seit dem 18. Parteitag, S. 18.
- 121/ ZPA, Fragen der Organisation und des Arbeitsstils der Partei, Anfang Mai 1968, S. 4.
- 122/ ZPA, Information über den organisatorischen Stand der Partei am 1. Jänner 1968, S. 14f.
- 123/ Franz Heinisch 50 Jahre, in: *Volksstimme*, 24.7.1963, S. 2.
- 124/ ZPA, Berichtsmaterial an den 23. Parteitag der KPÖ, o.D. [1977], S. 5.
- 125/ Muhri, Franz: Für Aktionseinheit gegen rechts – für Demokratie, Frieden und Sozialismus. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPÖ an den 24. Parteitag der KPÖ, in: Der 24. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, 6. bis 8. Dezember 1980, hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien [1981], S. 29–64, hier S. 59; ÖMV-Bau und Montage: GLB stellt wieder Obmann, in: *Volksstimme*, 5.11.1981, S. 4; Brunner Glasfabrik: 5 Mandate für den GLB, in: *Volksstimme*, 7.4.1984, S. 1.